

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 10 – Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit -

Dazu sagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Irene Fröhlich:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 014.02 / 23.01.2002

Dem Rechtsextremismus begegnen mit einer lebendigen und selbstbewussten Demokratie!

Wir sind der Auffassung, dass im Kampf gegen den Rechtsextremismus folgende Punkte zwingend zu berücksichtigen sind, um zu konkreten Ergebnissen zu kommen:

Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft

Dem Rechtsextremismus kann nicht mit dem Abbau demokratischer Rechte und auch nicht allein mit Regierungshandeln begegnet werden, sondern nur mit einer lebendigen und selbstbewussten Demokratie.

Ein Antrag der Koalitionsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD auf Bundesebene sieht Modellprojekte für Opferberatungsstellen und mobile Beratungsteams, eine Neuausrichtung der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der Jugendarbeit und eine Stärkung demokratischer Jugendkulturen vor. Außerdem treten wir für eine stärkere ideelle und finanzielle Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus vor Ort ein.

In Schleswig-Holstein sind wir meiner Meinung nach auf einem guten Weg, um genau diese Art von Aktivitäten zu unterstützen: Aus Landesmitteln durch Demokratiecampagne und Bürgerbeteiligung - insbesondere von Kindern und Jugendlichen - im Rahmen einer verstärkten Kooperation von Schule und Jugendhilfe unter Einbezug präventiver Angebote und nicht zuletzt mit Hilfe neuer Projekte mit finanzieller Unterstützung durch Xenos.

Ursachen bekämpfen

Wir müssen den vielfältigen Ursachen von Ausgrenzung und von Gewalt auf den Grund gehen und ihnen ebenso vielfältig begegnen. Und gerade im Hinblick auf Gewaltausübung dürfen wir die komplizierten Zusammenhänge des Opfer-Täter-Feldes, nicht

aus den Augen verlieren. Wer in der Kindheit selbst unsicher und hilflos ist oder gemacht wird, wer selbst als Opfer Gewalt erfahren musste, der ist besonders gefährdet in späteren Zeiten auf erlebte Muster zurück zu greifen, selbst zum Täter zu werden und so seine Erfahrungen und ihre Nichtbewältigung weiter zu geben. Gegen wen sich diese Gewalt dann richtet, wird wiederum stark durch das soziale Umfeld und die jeweilige Situation geprägt - gegen Ausländer, gegen Frauen, gegen Menschen mit Behinderung - gegen Menschen, die anders sind und die eigene ungefestigte Identität bedrohen. Unter anderem das Projekt „Widerspruch“ leistet in diesem Bereich Opfer-Täter hervorragende Arbeit mit Jungen und Männern.

Eine neue Migrations- und eine konsequente Antidiskriminierungspolitik

Eine der Hauptursachen für fremdenfeindliche Einstellungen und rechtsextreme Gewalt ist der Umgang von Gesellschaft und Politik mit Minderheiten und Fragen der Asyl- und Migrationspolitik. Wir brauchen ein deutliches Bekenntnis zur offenen Einwanderungsgesellschaft. Es kommt darauf an, die rechtliche Position von Minderheiten zu stärken. Um der Gesellschaft eine humanitäre Orientierung zu vermitteln, ist es unumgänglich, Diskriminierungen abzubauen und zu einem humanitären Umgang mit Flüchtlingen zu finden.

Auch in diesem Punkt geht Schleswig-Holstein mit positivem Beispiel voran. Ich denke hier an den umfänglichen Integrationsbericht der Landesregierung, die Vielzahl der interministeriellen Arbeitsgremien im Rahmen des Integrationskonzeptes oder die Antwort auf die Große Anfrage zum Thema Rechtsextremismus.

Demokratie stärken

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gehört auch eine ethische Selbstverpflichtung aller politischer Parteien, politische Auseinandersetzungen und Wahlkämpfe nicht mehr auf Kosten von Minderheiten zu führen. Demokratische Tugenden sind es, die einer Gesellschaft, einem Staat die notwendige Stärke und Integrationskraft verleihen. Aus Vielfalt wird Einheit und Stärke, nicht aus Ausgrenzung und Anfeindung. Dieses Politikverständnis muss Tag für Tag mit Leben erfüllt werden, auf allen politischen Ebenen, als positives Beispiel für die heranwachsende Generation.

Den Aktionsradius von Rechtsextremen einschränken

Prävention und langfristige Strategien reichen nicht aus, wenn die körperliche Unversehrtheit und der Bewegungsspielraum von potenziellen Opfergruppen der Rechtsextremen nicht mehr gewährleistet ist. Dazu bedarf es jedoch keiner Verschärfung von Gesetzen. Wir fordern im Rahmen des geltenden Rechts eine konsequente und zügige Strafverfolgung und zeitnahe Gerichtsverfahren. Polizei und Sicherheitsbehörden müssen für das Problem rechtsextremer Gewalt stärker sensibilisiert und besser ausgebildet werden. Staatsanwaltschaften und Landeskriminalämter sollten Anzeigen gegen Straftaten im Internet schnell bearbeiten und dementsprechend ausgerüstet werden. Die Einschränkung von Bürgerrechten, insbesondere des Demonstrationsrechts, lehnen wir jedoch entschieden ab.
